

Der niederländische Multikulturalismus: Modell oder Mythos?

Eine Kontroverse um Begriffe und Definitionshoheiten

MATTHIAS KORTMANN

„The Netherlands is still an extreme representative of a ‚multicultural‘ vision of integration.” Ruud KOOPMANS 2007: 4.

„We have to conclude that a Dutch multicultural model is more a scholarly invention than reality.” JAN WIL-LEN DUYVEN-DAK/PETER SCHOLTEN 2010A: 6.

EINLEITUNG

Kaum ein Thema prägt die politischen und gesellschaftlichen Debatten in den Niederlanden seit nunmehr über zehn Jahren so intensiv wie das der Integration von Einwanderern. Dabei geht es in den kontrovers geführten Auseinandersetzungen nicht allein um eine Bilanz niederländischer Integrationspolitik, also um die Frage von Erfolg oder Scheitern. Mindestens genauso umkämpft sind die Begrifflichkeiten in Bezug auf diese Politik, also die Frage, ob es sich tatsächlich um eine multikulturelle Politik handelt oder nicht und falls ja, ob diese inzwischen abgeschafft und durch eine auf Assimilation setzende Politik abgelöst wurde oder ob sich lediglich der Diskurs verschärft hat, eine multikulturelle Politik in ihrer Substanz jedoch bis heute erhalten geblieben ist.

In diesem Beitrag soll die Debatte um den ‚Multikulturalismus‘ in den Niederlanden analysiert werden. Zunächst wird die Einwanderungsgeschichte der Niederlande seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges knapp skizziert. Danach werden die wichtigsten integrations-politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte chronologisch dar-gestellt. Daraufhin liegt der Fokus auf der Kontroverse um die Ein-ordnung, Definition und Deutung dieser Politik.

EINWANDERUNG UND INTEGRATIONSPOLITIK IN DEN NIEDERLANDEN SEIT 1945

Einwanderungsströme

Die Einwanderung in die Niederlande nach 1945 speiste sich vor allem aus zwei Quellen: aus den ehemaligen Kolonien sowie aus Ländern, mit denen Abkommen zur Anwerbung von Gastarbeitern geschlossen wurden. Daneben kam vor allem zu Beginn der 90er Jahre eine gewisse Anzahl an Flüchtlingsmigranten ins Land.

Nach der Dekolonisierung Niederländisch-Ostindiens, des heutigen Indonesiens, zog zwischen 1945 und 1962 ein Großteil der 200.000 ‚indischen Niederländer‘, die sowohl ein indonesisches als auch ein niederländisches Elternteil besaßen und über ein Niederlassungsrecht im Königreich verfügten, ins Mutterland. Daneben kamen etwa 12.500 Angehörige der Minderheit der Molukker in die Niederlande, die in Indonesien nach der Dekolonisierung erfolglos für einen eigenen unabhängigen Staat gekämpft hatten. Mehrere 100.000 Menschen zogen darüber hinaus aus Surinam und den Antillen in die Niederlande (vgl. Böcker/Groenendijk 2004: 308-310; Kortmann 2011: 62; Lucassen/Lucassen 2011).

Dem deutschen Vorbild folgend schlossen die Niederlande darüber hinaus ab den 60er Jahren Anwerbeverträge mit Ländern des Mittelmeerraumes, um den Bedarf der Industrie an gering qualifizierten Arbeitskräften abzudecken. Zwischen 1960 und 1973 kamen daraufhin Gastarbeiter aus Italien (ab 1960), Spanien (1961), Portugal (1963), der Türkei (1964) sowie schließlich Marokko (1969) ins Land. Wie in Deutschland fand auch im Königreich die Anwerbung mit der Ölkrise im Jahr 1973 ein plötzliches Ende, auch hier entschloss sich jedoch ein Großteil der (ehemaligen) Gast-

arbeiter, von denen sich zu dieser Zeit etwa 180.000 im Land aufhielten, für den Verbleib und für die Nutzung der Möglichkeiten zum Familiennachzug. Statt des durch die niederländische Politik erwarteten Rückganges des Zuwandereranteils erhöhte sich dieser daher in den folgenden Jahren.

Eine dritte Immigrationswelle setzte Mitte der 80er Jahre ein, als die Asylbewerberzahlen deutlich anstiegen und im Jahr 1994 den Rekordwert von 52.000 Antragstellern erreichten. Zwar lag die jährliche Anerkennungsquote lediglich zwischen fünf und 20%, ein Großteil der Antragsteller erhielt jedoch aus humanitären Gründen nach drei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis. Die wichtigsten Herkunftsländer bildeten dabei das ehemalige Jugoslawien, Afghanistan, der Irak sowie Somalia (vgl. Böcker/Groenendijk 2004: 312-317).

Integrationspolitik

Mit Ausnahme der aus Indonesien einwandernden ‚indischen Niederländer‘, deren Verbleib in den Niederlanden aufgrund ihrer niederländischen Staatsbürgerschaft in Politik und Gesellschaft schnell akzeptiert war, wurde die Anwesenheit der übrigen Einwanderungsgruppen zunächst als vorübergehendes Phänomen angesehen. Anders als in Deutschland setzte sich in den Niederlanden jedoch bereits bis Ende 70er Jahre die Erkenntnis durch, dass sich nicht nur die Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien, sondern auch die (ehemaligen) Gastarbeiter langfristig im Land niederlassen würden (vgl. Böcker/Groenendijk 2004: 322). Integrationspolitischer Handlungsbedarf war im Laufe des Jahrzehnts zudem angesichts von Konflikten zwischen einheimischen Niederländern und Gastarbeitern insbesondere in Rotterdam (vgl. Böcker/Thranhardt 2010: 81) sowie von Zugentführungen durch Molukker, die auf ihren Unabhängigkeitskampf in Indonesien aufmerksam machen wollten, sichtbar geworden (vgl. Lucassen/Lucassen 2011: 114-116). Die Regierung beauftragte daraufhin den Wissenschaftlichen Rat für die Regierungspolitik (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid, WRR) damit, ein Gutachten über die Situation von Einwanderern in den Niederlanden zu erstellen. Dieses wurde 1979 unter dem Titel *Ethnische Minderheiten (Etnische Minderheden)* veröffentlicht und bildete in der Folge eine wichtige Grundlage der niederländischen Integrationspolitik bzw. der so genannten Minderheitenpolitik (minderhe-

denbeleid) (vgl. Musch 2011: 65). 1983 verabschiedete das Parlament (Tweede Kamer) schließlich parteiübergreifend ein Regierungsprogramm zur Integrationspolitik, die *Minderhedennota*. Böcker und Groenendijk (2004: 323) fassen die vier Hauptziele dieses Programms, das unter der Maxime „Integration unter Wahrung der eigenen Identität“ firmierte, zusammen: „die Verbesserung der Rechtsposition der Zielgruppe“, „die Verringerung ihres sozialen und wirtschaftlichen Rückstands“, „die Bekämpfung von Diskriminierung und Vorurteilen“ sowie „die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft, in der Einwanderer mit einem anderen kulturellen Hintergrund als ebenbürtig anerkannt und geschätzt werden“. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele waren u.a. die Erleichterung der Einbürgerung für ausländische Einwanderer (1985), die Einführung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für Ausländer (1986), Schulungen und Sprachkurse für Arbeitslose, Unterricht in der eigenen Sprache und Kultur sowie die Institutionalisierung des Islam inklusive der Gründung islamischer Schulen und der Gewährung eigener Sendezeiten im öffentlichen Rundfunk (vgl. Böcker/Groenendijk 2004: 323-335). Die politische Mitsprache sollte schließlich durch die 1985 errichtete Nationale Empfehlungs- und Beratungsstruktur für Minderheiten (Landelijk Advies- en Overlegstructuur Minderheden-beleid, LAO) gefördert werden, im Rahmen derer ethnische Selbstorganisationen durch Regierungsvertreter konsultiert wurden, wenn Maßnahmen mit Bezug zur Minderheitenpolitik auf der politischen Agenda standen (vgl. Kortmann 2011: 64).

Im Jahr 1989 resümierte ein weiterer Bericht des WRR zur Integrationspolitik die bisher ergriffenen Maßnahmen kritisch und regte an, den Schwerpunkt von einer gruppenbezogenen Minderheitenpolitik auf eine das Individuum fokussierende „Allochthonenpolitik“¹ zu verlagern. In dem Bericht wurden Defizite in den Gebieten ‚Wohnen‘, ‚Bildung‘, und ‚Arbeit‘ festgestellt und eine Abhängigkeit der Minderheiten, die zu stark als *zorg-categorieën* wahrgenommen würden, von Transferleistungen angeprangert. Der WRR empfahl der Politik daher, vor allem die Position von Allochtho-

1 Als Allochthonen werden in den Niederlanden alle Einwohner bezeichnet, „die im Ausland geboren sind und mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben (erste Generation), [oder] die in den Niederlanden geboren sind und mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben (zweite Generation). Alle übrigen werden als Autochthone bezeichnet.“ (Vogel 2003: 45).

nen am Arbeitsmarkt zu verbessern und die Wahrung ihrer Identität ihnen selbst zu überantworten (vgl. Böcker/Thränhardt 2010: 84).

In den 90er Jahren erfuhr die politische Integrationsdebatte eine deutliche Polarisierung, nachdem in den 80er Jahren ein ‚Gentlemen’s Agreement‘ wirksam gewesen war, demzufolge sich alle im Parlament vertretenen Fraktionen an die Prämisse gehalten hatten, sich diesem Thema ohne Polemik zu widmen und bei Entscheidungen möglichst einen Konsens zu suchen. Die niederländische Sprachwissenschaftlerin Baukje Prins (2002) beschreibt die neue Ausrichtung des Integrationsdiskurses seit dem Beginn der 90er Jahre als „Neuen Realismus“, im Rahmen dessen Diskutanten nun erstmals vor dem Hintergrund von Tatsachen Wahrheiten auszusprechen wagten, die bis dahin innerhalb des herrschenden Diskurses verschwiegen worden seien. 1991 forderte der damalige Fraktionsvorsitzende der oppositionellen rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD), Frits Bolkestein, erstmals eine stärkere Anpassung von Minderheiten an die niederländische Lebensart und stellte die Integrierbarkeit insbesondere muslimischer Einwanderer grundsätzlich infrage (vgl. Böcker/Thränhardt 2010: 90). Die anschließende öffentliche und politische Debatte mündete 1994 in ein von Wissenschaftlern verfasstes Gutachten zur Integrationspolitik, in dem Anregungen des WRR-Berichtes von 1989 aufgegriffen wurden. Der Schwerpunkt der politischen Maßnahmen der folgenden Jahre zielte demgemäß vor allem auf die Bereiche ‚Bildung‘ und ‚Arbeit‘ und damit auf die sozioökonomische Integration von Einwanderern (vgl. Musch 2011: 68). 1998 wurde das Gesetz zur Einbürgerung von Neuankömmlingen (Wet Inburgering Nieuwkomers, WIN) eingeführt, das für Neuzuwanderer von außerhalb der EU ein 600-stündiges obligatorisches Integrationsprogramm inklusive eines niederländischen Sprachkurses sowie Gesellschaftskunde und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt vorsah (vgl. Joppke 2007: 6). Schließlich wurde die Bedeutung der ethnischen Selbstorganisationen eingeschränkt: Ihre Mitsprache sollte nun nur noch *beratender* und nicht mehr *empfehlender* Natur sein, die Gremienstruktur wurde 1997 daher in Nationale Beratung Minderheiten (Landelijk Overleg Minderheden, LOM) umbenannt (vgl. Kortmann 2011: 64).

Im Jahr 2000 sorgte ein Essay des Publizisten und Soziologen Paul Scheffer in der Tageszeitung NRC Handelsblad für ein erneutes Aufblenden der Integrationsdebatte. In seinem Beitrag mit dem Titel *Das*

multikulturelle Drama (Het multiculturele drama) stellte er der bisherigen niederländischen Integrationspolitik ein mangelhaftes Zeugnis aus und warnte vor der Entstehung einer ethnischen Unterschicht. In den folgenden Jahren bildete die Integration ein zentrales Profilierungsthema für verschiedene, zumeist populistische Politiker und (neu entstehende) politische Parteien. Den Anfang machte der charismatische, ehemalige Soziologie-Professor Pim Fortuyn, der 2002 mit einer auf seine Person zugeschnittenen Partei (Lijst Pim Fortuyn, LPF) in den Wahlkampf zog und mit fremden- und islamfeindlichen Äußerungen sowie extravaganten Auftritten innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Anhänger fand. Fortuyn wurde unmittelbar vor den Wahlen im Mai 2002 von einem radikalen Tierschutzaktivisten ermordet, seine Partei konnte jedoch aus dem Stand zweitstärkste Partei werden und in ein rechtsliberal-konservatives Kabinett eintreten (vgl. Böcker/Thränhardt 2010: 91). Da diese Regierung bereits nach einem halben Jahr zerbrach und die LPF sich in der Folge schnell auflöste, gelang es ihr jedoch nicht, in der Gesetzgebung Spuren zu hinterlassen.

Um die Integrationsdiskussion zu versachlichen, wurde im September 2002 eine parlamentarische Untersuchungskommission mit dem Auftrag eingesetzt, die Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte und ihre Effekte zu erforschen. Diese – nach ihrem Vorsitzenden, dem VVD-Abgeordneten Stef Blok, benannte – Blok-Kommission stellte der Integrationspolitik zwar in ihrem 2004 veröffentlichten Gutachten insgesamt ein positives Zeugnis aus, ihre Ergebnisse fanden in Politik und Gesellschaft jedoch keinen Widerhall, wo stattdessen weiterhin die These vom Scheitern den Diskurs prägte (vgl. Musch 2011: 70).

In der einwanderungs- und integrationspolitischen Gesetzgebung der folgenden Jahre lag der Fokus daher eher auf restriktiveren Maßnahmen, welche vor allem durch Rita Verdonk (VVD), von 2003 bis 2007 Integrationsministerin, forciert wurden. Diese Maßnahmen umfassten vor allem eine Verschärfung des Integrationsprogramms im Rahmen des WIN: 2003 wurde in den Integrationskursen der Schwerpunkt auf die Vermittlung ‚niederländischer Werte und Normen‘ verlagert, 2006 die Finanzierung der Kursgebühren den Teilnehmern selbst übertragen. In demselben Jahr wurde das Integrationsprogramm zu einem Instrument der Migrationskontrolle erweitert: So ist die Erteilung eines permanenten Aufenthaltsstatus in den Niederlanden seitdem an die erfolgreiche Absolvierung eines Integrations-

tests im Herkunftsland gekoppelt, ohne dass dort vorbereitende Kurse angeboten würden (vgl. Joppke 2007: 7-8).

Trotz dieser verschärfenden Regelungen verblieb das Thema Integration weiterhin prominent auf der Agenda, insbesondere nach dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh im Herbst 2004 durch einen islamistischen Niederländer marokkanischer Abstammung. Van Gogh hatte zuvor zusammen mit der aus Somalia stammenden Einwanderin und VVD-Abgeordneten Ayaan Hirsi Ali den Film *Submission* produziert, in dem auf eine provozierende Art und Weise die angebliche Unterdrückung der Frau im Islam angeprangert wird.² Anders als Hirsi Ali, die aufgrund islamkritischer Äußerungen bereits vor der Veröffentlichung des Films durch radikale Muslime mit Morddrohungen konfrontiert worden war und daher Personenschutz erhielt, hatte van Gogh solche Schutzmaßnahmen abgelehnt.

Im Juni 2006 wurde ein Streit um Hirsi Alis niederländische Staatsbürgerschaft schließlich zum Anlass für das Ende der damaligen Koalition bestehend aus dem Christlich-Demokratischen Aufruf (*Christen-Democratisch Appél, CDA*), den linksliberalen Demokraten 66 (*Democraten 66, D66*) und der VVD. Integrationsministerin Verdonk hatte Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Hirsi Alis Einbürgerung geäußert, von einer zunächst angekündigten Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft jedoch wieder Abstand genommen. Im Zuge der Debatte entschied sich die D66 aufgrund des Verhaltens Verdonks für den Austritt aus der Koalition. Aufgrund ihrer wiederholten Kritik am Kurs ihrer Partei VVD wurde Verdonk schließlich im September 2007 aus der Fraktion ausgeschlossen. Mit einer eigenen Partei, der sie den Namen *Stolz auf die Niederlande (Trots op Nederland, TON)* gab und mit der sie sich für die Wahrung der niederländischen Kultur einsetzen wollte, konnte sie in den folgenden Wahlen jedoch keinen Erfolg verbuchen. Wahlerfolge erzielte dagegen der ebenfalls aus der VVD ausgetretene Geert Wilders, der 2005 die rechtspopulistische Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid, PVV*) gründete und mit dieser bei den Wahlen

2 So beinhaltet der Kurzfilm von 11 Minuten Länge Schilderungen von muslimischen Frauen über Misshandlungen, die ihnen durch Männer zugefügt wurden. Dabei werden fast unbedeckte Frauen gezeigt, deren Haut mit Suren des Korans beschriftet ist, in denen das Verhältnis zwischen den Geschlechtern thematisiert wird und die als mutmaßliche Rechtfertigung für gewalttätiges Verhalten islamischer Männer gegenüber ihren Frauen dargestellt werden.

2010 zur drittstärksten Kraft aufstieg. Wilders profilierte sich mit einem strikt antiislamischen Kurs und fiel mit Forderungen wie der nach einem absoluten Einwanderungsstopp aus islamischen Ländern oder dem Verbot des Korans auf (vgl. Böcker/Thränhardt 2010: 91). Durch seinen im Internet veröffentlichten Kurzfilm *Fitna*, in dem er vor islamischem Extremismus und einer Islamisierung der Niederlande warnt, löste er im April 2008 eine Kontroverse aus, die den damaligen Ministerpräsidenten Jan-Pieter Balkenende (CDA) veranlasste, in einer Fernsehansprache Abstand von Wilders Thesen zu nehmen (vgl. Perger 2008). Nichtsdestoweniger stützte Wilders Partei ab Oktober 2010 eine Minderheitenkoalition aus VVD und CDA. Als sichtbarstes Zeichen seines Einflusses auf die Regierung konnte ein Verbot der Vollverschleierung („Burkaverbot“) im öffentlichen Raum bewertet werden, auf das sich das Kabinett im September 2011 einigte (NZZ online 2011a). Die im Juni 2011 durch eine Mehrheit des Parlaments angenommene Untersagung des betäubungslosen Schlachtens („Schächten“) zielte vordergründig vor allem auf eine Verbesserung des Tierschutzes, wurde von Juden und Muslimen jedoch als Einschränkung ihrer Religionsfreiheit kritisiert (NZZ online 2011b).³ Beide restriktiven Maßnahmen sind jedoch vorerst nicht umgesetzt worden. So wurde im Juni 2012 das Schächtverbot durch eine Mehrheit im Senat, der ersten Kammer des niederländischen Parlaments, vorläufig gestoppt (Elsevier.nl 2012). Das Gesetzgebungsverfahren zum Verbot der Vollverschleierung kam nach dem Scheitern der Minderheitenkoalition Mark Ruttes im April 2012 ins Stocken. Nachdem Geert Wilders einem von den Regierungsparteien geplanten Sparpaket die Unterstützung versagt hatte, erklärte Rutte seine Koalition für gescheitert und kündigte Neuwahlen an, die für den September 2012 angesetzt sind. Die Zukunft des umstrittenen Burkaverbots wird somit ebenso von den Mehrheitsverhältnissen nach den Wahlen abhängen wie das – nicht zuletzt auf Betreiben von Wilders – im VVD/CDA-Koalitionsvertrag vereinbarte Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft (Volkskrant.nl 2012).

3 Das Schächten ist für viele gläubige Juden und Muslime eine der Voraussetzungen dafür, dass von ihnen verzehrtes Fleisch kosher bzw. halal, also rein, ist.

DIE KONTROVERSE UM DEN ‚MULTIKULTURALISMUS‘

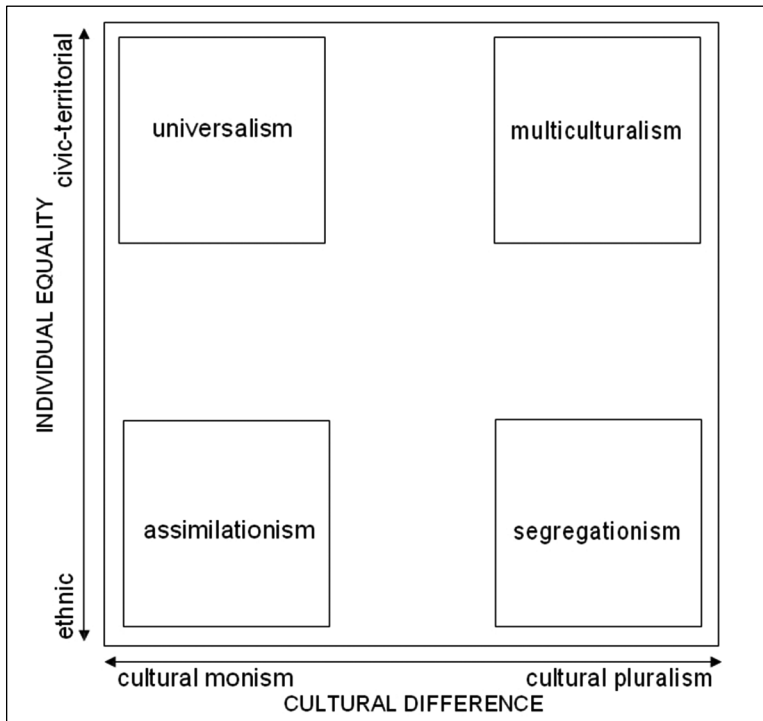
Mindestens so kontrovers wie die Diskussion um das etwaige Scheitern der niederländischen Integrationspolitik gestaltet sich in den letzten Jahren die Debatte um den Begriff des ‚Multikulturalismus‘, die sich immer stärker zu einer Auseinandersetzung um Definitionshoheiten entwickelt hat. In der Diskussion lassen sich dabei drei unterschiedliche Positionen ausmachen: Zunächst existiert die Ansicht, nach der die Integrationspolitik in den Niederlanden nicht nur von Beginn an als ‚multikulturell‘ bezeichnet werden muss, sondern dass sie diesen Charakter bis heute – trotz mancher Änderungen im Detail – beibehalten hat. Vertreter dieser Position erklären die niederländische Integrationspolitik demnach zur Vertreterin eines ‚multikulturellen Modells‘ und gestehen Abweichungen von diesem Modell höchstens innerhalb des gesellschaftlichen und politischen Diskurses ein, nicht jedoch in Bezug auf die integrationspolitische Rechtslage. Die Anhänger einer zweiten Position definieren die niederländische Integrationspolitik in ihren Anfängen ebenfalls als ‚multikulturell‘ oder ‚multikulturalistisch‘ konstatieren jedoch, dass diese im Verlauf der Jahrzehnte einen deutlichen Umschwung erfahren habe und schließlich durch eine stärker auf Assimilation setzende Politik abgelöst wurde. Schließlich existiert eine dritte Position, deren Vertreter den Begriff Multikulturalismus als eine die niederländische Integrationspolitik beschreibende Kategorie grundsätzlich ablehnen und seine Verwendung in der Analyse als irreführend kritisieren.

Die niederländische Integrationspolitik als ‚multikulturelles Modell‘

Wichtigster Vertreter der These von der niederländischen Integrationspolitik als einer bis heute fast unverändert multikulturellen Politik ist der niederländische Soziologe Ruud Koopmans. Koopmans unterscheidet anhand von 42 integrationspolitischen Indikatoren, die sich einerseits auf die Dimension individueller Bürgerrechte, andererseits auf kollektive Gruppenrechte beziehen, vier idealtypische nationale Integrationsmodelle. Diese vier Modelle ergeben sich dabei aus einer Kombination von einer der bei-

den Extremformen sowohl auf der individuellen (ethnisches vs. territoriales Prinzip) als auch der kollektiven Dimension (Monismus vs. Pluralismus).⁴

Abbildung 1: A Two-dimensional Space of Conceptions of Citizenship



Quelle: Koopmanns u.a. 2005: 10

4 Koopmanns steht damit in der Tradition nationaler Integrationsstypologien, wie sie zuerst vor allem von Rogers Brubaker (1992) und Stephen Castles/Mark Miller (1993) eingeführt wurden. Brubaker unterscheidet ein exklusionistisches (deutsches) und ein assimilationistisches (französisches) Integrationsmodell, Castles und Miller erweitern diese dichotome Typologie durch ein drittes, pluralistisches Modell, dem sie Großbritannien, aber auch die Niederlande zuordnen.

Die Niederlande bilden nach Koopmans mit einer Kombination aus territorialem Prinzip bei den individuellen Bürgerrechten (also unter anderem erleichteter Zugang zur Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer) und einer dem Pluralismus zuneigenden Gewährung von Gruppenrechten (unter anderem Förderung und Einbeziehung von ethnischen Selbstorganisationen, erleichterte Zulassung ethnischer Schulen), einen Prototypen für das Modell des Multikulturalismus (vgl. Koopmans u.a. 2005, Koopmans u.a. 2009, Michalowski u.a. 2010). Koopmans führt die Einführung einer dem Multikulturalismus verpflichteten Minderheitenpolitik zu Beginn der 80er Jahre dabei auf die Tradition der Versäulung der niederländischen Gesellschaft zurück. Bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts organisierten sich die drei wichtigsten Minderheitengruppen, die Katholiken, orthodoxen Protestanten und Sozialisten, in separaten Säulen mit jeweils eigenen Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbänden, Medien, (konfessionellen) Schulsystemen sowie Freizeit- und Kulturorganisationen (vgl. Keman 1993: 144-145). Während es zwischen Angehörigen der verschiedenen Säulen nur selten zu einem Austausch kam, erarbeiteten deren jeweilige Eliten auf politischer Ebene konkordanzdemokratisch Kompromisse und bildeten somit das ‚Dach‘ des niederländischen Staates (vgl. Kleinfeld 2001: 288). Auch wenn sich diese versäulte Struktur seit dem Ende der 60er Jahre immer weiter aufgelöst hat, entdecken Koopmans und Kollegen gerade in der niederländischen Integrationspolitik deren vorbildhaftes Fortwirken: „However, as an institutional structure, the pillarization model has survived, and has to some extent been revived by the arrival of new minorities.“ (Duyvené de Wit/Koopmans 2005: 56). Trotz zwischenzeitlicher ‚Assimilationsforderungen‘ wie sie etwa im Rahmen der Integrationskurse sichtbar würden, dominiere die multikulturelle Idee die niederländische Integrationspolitik dabei bis heute. So würden allochthone Selbstorganisationen weiterhin großzügig gefördert, Angehörige ethnischer Minderheiten bevorzugt im öffentlichen Sektor eingestellt und ethnischen und religiösen Gruppen stärker als in anderen Ländern besondere Minderheitenrechte eingeräumt (z.B.: Tragen des islamischen Kopftuches im öffentlichen Dienst, Ausnahmen bei den Regeln der Bestattungen, (islami-sche) Sendezeiten im öffentlichen Rundfunk). Der Grund für das Fortwirken der multikulturellen Politik ist laut Koopmans in einer Pfadabhängigkeit zu sehen:

„Der niederländische integrationspolitische Sektor umfasst ein breites Feld von allochthonen Selbstorganisationen, Integrationsspezialisten bei den Behörden, multikulturellen Beratungs- und Forschungsbüros, Diversitätsexperten in der Wirtschaft und Migrations- und Integrationsforschungsinstituten, die aus einer nur schwer zu entwirrenden Kombination aus Gewohnheit, Überzeugung und wohlverstandenen Eigeninteressen gemeinsam dazu beitragen, dass die multikulturelle Politik und die dazugehörigen Geldströme erhalten bleiben.“⁵ (Koopmans 2008: 6)

Gleichermaßen überzeugt von einer bis heute multikulturell zu nennenden niederländischen Integrationspolitik, zeigen sich der amerikanische Politikwissenschaftler Paul M. Sniderman und der niederländische Soziologe Louk Hagendoorn (2007) in ihrer Studie *When ways of life collide: Multiculturalism and its discontents in the Netherlands*. Sie betrachten die Entstehung des niederländischen Multikulturalismus dabei vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte des Landes unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges: Aufgrund kollektiver Schuldgefühle, die aus der Deportation und Ermordung eines Großteils der niederländischen Juden resultieren, hätten auf der Ebene der niederländischen Eliten assimilatorische Forderungen gegenüber ethnischen Minderheiten als ‚rassistisch‘ und ‚xenophob‘ gegolten. Stattdessen habe man im Konsens eine weit reichende Unterstützung des Multikulturalismus beschlossen: „In the Netherlands as much as can be done on behalf of multiculturalism has been done.“ (Sniderman/Hagendoorn 2007: 15) Erst mit Pim Fortuyn habe es eine realistische Aussicht auf eine Abkehr von dieser Politik gegeben, die aufgrund dessen Ermordung jedoch nicht vollzogen werden konnte. Stattdessen habe sich der Multikulturalismus in der Folge noch verfestigt: „The politics of the Netherlands since then has been the politics of multiculturalism in extremis.“ (Sniderman/Hagendoorn 2007: 20).

Der niederländische Soziologe und Anthropologe Rinus Penninx erkennt in der niederländischen Integrationspolitik schließlich zumindest in

5 „De Nederlandse integratiebeleidssector omvat een breed veld van allochtone zelforganisaties, integratiespecialisten bij de overheid, multiculturele advies- en onderzoeksbureau's, diversiteitsdeskundigen in het bedrijfsleven en migratie- en integratie-onderzoeksinstituten, die uit een moeilijk ontwarbare combinatie van gewoonte, overtuiging en welbegrepen eigenbelang er gezamenlijk toe bijdragen dat het multiculturele beleid en de bijbehorende geldstromen in stand blijven.“

Teilen das Prinzip des Multikulturalismus wieder, wobei auch er die Einschätzung vertritt, dass diese Teile bis in die Gegenwart überlebt haben. So bezeichnet er vor allem die politischen Maßnahmen, die sich auf die Bereiche Kultur, Sprache und Religion beziehen, als „multicultural *avant la lettre* [Herv. i. O.]“ (Penninx 2005: 3). Insgesamt begreift er die zu Beginn der 80er Jahre eingeschlagene Minderheitenpolitik, deren Wurzeln er wie Koopmans in der Geschichte der Versäulung verortet, als eine Kombination aus einem Wohlfahrtsstaatmodell und einem gruppenorientierten Emanzipationsprinzip. Zwar seien in der Integrationspolitik inzwischen stärker auf Anpassung zielende Pläne erkennbar, verschärft habe sich (bisher) jedoch vor allem der Ton gegenüber ethnischen Minderheiten: „The consequence is that the Netherlands has a mixed model in which still many elements of the initial EM[= Ethnic Minorities]-policy are present, that has changed partly its aims and focus, but most significantly has changed its discourse and tone.“ (Penninx 2005: 6).

„Aufstieg und Fall des Multikulturalismus“⁶

Ein Teil der Forscher schätzt die Änderungen, die die niederländische Integrationspolitik insbesondere im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends erfahren hat, als so gravierend ein, dass von einer zwischenzeitlichen Abschaffung des einstmals eingeführten Multikulturalismus gesprochen werden müsse. Zu den Anhängern dieser zweiten Position gehört der niederländische Soziologe Han Entzinger (2003: *The Rise and Fall of Multiculturalism*). Für Entzinger war ebenfalls zu Beginn der 80er Jahre eine „pillarization philosophy“ (Entzinger 2003: 77) ausschlaggebend für die Entscheidung, spezielle institutionelle Arrangements zugunsten ethnischer Minderheiten einzurichten, um diesen eine „emancipation in a multicultural society“ (Entzinger 2003: 64) zu ermöglichen. Diese Philosophie sei jedoch mit der Jahrtausendwende einer „growing emphasis on communitarian values“ (Entzinger 2003: 82) gewichen, auf deren Einhaltung Einwanderer – bspw. im Rahmen der Integrationskurse – immer stärker verpflichtet würden. Eine parallele Abkehr von der Minderheitenpolitik macht Entzinger vor allem an einer Schwächung der Rolle ethnischer Selbstorganisationen fest: Diese würden nicht mehr speziell gefördert, sondern müssten – so wie jede andere

6 Han Entzinger (2003): *The Rise and Fall of Multiculturalism*.

Organisation auch – Projektmittel für bestimmte Aktivitäten beantragen. Ihre Einbeziehung in die Mitspracheorgane des LOM diene der Regierung zudem nicht selten lediglich dazu, ihre Politik zu rechtfertigen, da die Einflussmöglichkeiten der Migrantenvertreter auf politische Maßnahmen weitestgehend beschränkt seien (vgl. Entzinger 2003: 78).

Einige Vertreter der zweiten Position sehen den Trend europäischer Integrationspolitiken insgesamt auf dem Weg in Richtung Assimilation⁷, den auch die Niederlande eingeschlagen hätten. Der deutsche Sozialwissenschaftler Christian Joppke (2007) beschreibt in diesem Zusammenhang eine zunehmende Konvergenz innerhalb der Europäischen Union, die sich bspw. in der Einigung des Europäischen Rates auf „Common Basic Principles for Immigrant Integration Policy“ im November 2004 widerspiegeln. Darin fordern die europäischen Partner von Einwanderern „respect for the basic values of the European Union“, zu denen die Prinzipien „liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law“ (Council of the EU 2004: 19) gezählt werden. Joppke erkennt hierin einen gesamteuropäischen Trend weg von der Relativierung hin zu einer Affirmation der eigenen Kultur. Für den Multikulturalismus bedeutet dies, dass er nur noch einer Zustandsbeschreibung diene und nicht mehr als normatives Integrationsmodell taue (vgl. Joppke 2006). Joppke sieht gerade in den Niederlanden eine Vorreiterin dieses Trends, da das Land als erstes Integrationsprogramme eingeführt und in diesen die Forderung nach einer Wertschätzung der Werte und Normen des Aufnahmelandes verankert habe. Dabei hätten die Niederlande, einstmals Vertreterin von „Europe’s most prominent and proudly exhibited multiculturalism policy“ (Joppke 2007: 5), nicht nur für ähnliche Programme etwa in Frankreich oder Deutschland Pate gestanden, sondern im Vergleich mit diesen sogar die restriktivste Variante eingeführt.

7 Vgl. Brubakers 2003 erschienener Artikel *The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and its Sequel in France, Germany, and the United States*. Darin nimmt Brubaker eine Abkehr von seiner 1992 vertretenen These stabiler nationaler Integrationsmodelle (in Deutschland und Frankreich) vor.

„Mythos Multikulturalismus“⁸

Vor allem in jüngster Zeit werden bei einigen Forschern Zweifel in Bezug auf den Nutzen des Begriffes ‚Multikulturalismus‘ für die Analyse der niederländischen Integrationspolitik laut. In diesem Zusammenhang äußert sich vor allem der niederländische Soziologe Jan Willem Duyvendak kritisch, der damit in der Debatte als wichtigster Gegenpart zur Position Ruud Koopmans auftritt. Duyvendak und Mitarbeiter weisen auf eine Diskontinuität hin, die sowohl den Diskurs als auch die konkreten integrationspolitischen Maßnahmen in den Niederlanden von Beginn an ausgezeichnet hätte (Duyvendak/Scholten 2010a). So könnten in den letzten Jahrzehnten mindestens vier voneinander abweichende „policy paradigms of immigrant integration“ (Ebd.: 6) unterschieden werden: „the non-policy monopoly“ (Ebd.: 6; bis Ende der 1970er Jahre), „the multiculturalism of the Ethnic Minorities Policy“ (Ebd. : 7; Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre), „a liberal-egalitarian integration policy“ (Ebd.: 8; Anfang der 90er Jahre) und „the assimilationist turn“ (Ebd.: 9; um die Jahrtausendwende). Duyvendak und Scholten (2010b) bezweifeln zudem, dass die Minderheitenpolitik der 80er Jahre kulturelle Unterschiede zelebriert habe und diese *grundsätzlich* fördern wollte; vielmehr sei es dabei um die Verbesserung der sozioökonomischen Position des schlechter gestellten Teils der Einwanderer gegangen, die man durch die Festigung ihrer sozialkulturellen Position zu erreichen erhoffte. Die Minderheitenpolitik dürfe also keinesfalls als Ausdruck eines normativen, multikulturellen Integrationsmodells missverstanden werden: Diese spiegele stattdessen den pragmatischen Versuch wider, den aus der Einwanderung resultierenden Herausforderungen zu begegnen. Der Begriff des ‚Multikulturalismus, sofern er überhaupt genutzt wurde, sei daher schon damals vor allem zu beschreibenden Zwecken gebraucht worden (vgl. Duyvendak/Scholten 2010b: 41-42). Hinter der Behauptung, die niederländische Integrationspolitik bilde die Vertreterin eines multikulturellen Modells, vermuten Duyvendak und Scholten daher den Versuch von Politikern und einigen Wissenschaftlern, diese Politik zu diskreditieren und gleichzeitig einem assimilatorischen Politikansatz Legitimation zu verschaffen:

8 Lucassen/Lucassen 2010: 85

„Obviously, this was a rather specific form of co-production of policy makers and scholars: it was the invention of a tradition (Dutch Multiculturalism) designed to support the legitimacy of the assimilationist turn in Dutch integration policies.“ (Duyvendak/Scholten 2010b: 44)

Eine ähnliche Position vertritt der niederländische Politikwissenschaftler Maarten Vink, der vor allem den Versuch zurückweist, die niederländische Integrationspolitik als eine das Modell der Versäulung fortsetzende Politik zu interpretieren. So habe der gruppenorientierte Ansatz zu Beginn der 80er Jahre der Regierung vor allem dazu gedient, top-down repräsentative Ansprechpartner innerhalb bestimmter – und keineswegs aller – Minderheitengruppen zu formen. Die Herausbildung ethnischer oder religiöser Säulen, den historischen Säulen mit ihrer Vielfalt an eigenen Organisationen vergleichbar, sei weder von der Politik gefördert worden, noch seien die Minderheiten zu deren Errichtung je imstande gewesen (vgl. Vink 2007: 345). Es sei daher nötig, diesen „pillarization myth“ hinter sich zu lassen, um zu verstehen, „why multiculturalism was never accepted or practised as fully as has often been suggested in more stereotypical depictions of Dutch integration policy“ (Vink 2007: 337).

Die niederländischen Historiker-Brüder Leo und Jan Lucassen sprechen in ihrer 2011 erschienenen Bilanz der 500-jährigen niederländischen Einwanderungsgeschichte schließlich von einem „multikulturellem Mythos“, der die niederländische Integrationspolitik seit der Einführung der Minderheitenpolitik umgebe. So sei das Bekenntnis zu einem „Erhalt der eigenen kulturellen Identität“ von Beginn an vorrangig symbolischer Natur gewesen und habe gegenüber den Maßnahmen zur sozialökonomischen Integration lediglich „ein ziemlich marginales Element der Minderheitenpolitik“⁹ (Lucassen/Lucassen 2011: 85) gebildet. Darüber hinaus seien weder Maßnahmen zur Institutionalisierung neuer Religionen noch die Einrichtung einer ethnischen Mitsprachegremienstruktur als Teil einer multikulturellen Integrationspolitik zu verstehen. Stattdessen hätten etwa Muslime beim Moscheebau und der Errichtung islamischer *basisscholen* (Klasse 1 bis 8) von den bereits vorhandenen „versäulten niederländischen Strukturen“¹⁰ Gebrauch machen können. Andererseits bilde das 1985 eingeführte LAO-Mit-

9 „een tamelijk marginaal element van het minderhedenbeleid“

10 „verzuilde Nederlandse structuren“

sprachegremium „eine Variante des ur-holländischen Polderns“¹¹ (Lucassen/Lucassen 2011: 88). Bekenntnisse zur ‚multikulturellen Gesellschaft‘ seien schließlich nicht, wie häufig unterstellt, Ausdruck eines um sich greifenden Kulturrelativismus gewesen, sondern sie hätten als ein „Mantra gegen den aufkommenden Rassismus“¹² (Lucassen/Lucassen 2011: 95) wirken sollen, der sich zu Beginn der 80er Jahre in der niederländischen Gesellschaft auszubreiten begonnen habe.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ungeachtet aller Kritik an seiner Begrifflichkeit veranschaulicht die aufgezeigte Debatte, dass sich der ‚Multikulturalismus‘ aus der politischen und wissenschaftlichen Diskussion in den Niederlanden nicht verdrängen lässt. Sowohl diejenigen, die ihn als tauglich für die Beschreibung und Analyse der niederländischen Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte erachten, als auch deren Kontrahenten, die genau dieses bestreiten, nutzen ihn als Referenzrahmen für ihre Argumentation. Gleiches gilt für Befürworter wie Gegner der – vermeintlichen – Inhalte einer als multikulturell definierten Integrationspolitik.

Nichtsdestoweniger offenbart die Auseinandersetzung um den niederländischen Multikulturalismus eine Fixierung auf Begrifflichkeiten, die der Komplexität des Feldes ‚Integrationspolitik‘ nur bedingt gerecht wird. So lässt die Kontroverse über die Analysefähigkeit des Begriffes für die niederländische Integrationspolitik, im Rahmen derer der Multikulturalismus teils als ‚Modell‘, teils als ‚Mythos‘ eingestuft wird, die konkreten integrationspolitischen Inhalte immer weiter in den Hintergrund treten.

Weiterhin birgt die Bildung von Idealtypen, wie sie in einem ‚multikulturellen Integrationsmodell‘ zum Ausdruck kommt, die Gefahr der Simplifizierung in einem politischen Feld, das wie kaum ein anderes nach Differenzierung verlangt. So impliziert eine solche Typologie, man könne ein vollständiges, in sich abgeschlossenes politisches Programm für die Integration speziell von Migrant*innen entwerfen, und unterschlägt dabei die Tatsache, dass auch ein Einwanderer – wie jeder andere Bürger – durch alle

11 „een variant op het oer-Hollandse polderen“

12 „mantra tegen het opkomend rascisme“

Politikbereiche beeinflusst wird, sei es in seiner Rolle als Arbeitnehmer, Konsument, Schüler, Student, Patient, Kultur- oder Sportliebhaber. Die Fixierung auf spezielle Integrationsmodelle – und dabei nicht nur auf dasjenige des Multikulturalismus – forciert eine Minorisierung der Zielobjekte, die bereits 1991 durch den niederländischen Soziologen Jan Rath beschrieben wurde. Dieses gilt sicherlich in besonderem Maße für eine auf Minderheitengruppen abzielende Politik, wie sie der niederländischen Integrationspolitik – zumindest in Teilen – zu Beginn zu eigen war. Ähnliches gilt mitunter aber auch für Integrationspolitiken anderen Typs, da auch diese – ungeachtet aller Bekenntnisse zu einer Integration als eines *zweiseitigen* Prozesses – zumeist nur auf den eingewanderten Bevölkerungsteil zielen und damit zumindest implizit Migranten zu Zielpersonen oder -gruppen erklären, die einer spezifischen Behandlung bedürfen. Integrationspolitiken bergen also die grundsätzliche Gefahr, Menschen allein auf ihren ethnischen Hintergrund zu reduzieren, während die Tatsache ignoriert wird, dass Individuen mehrere, zudem dynamische Rollen und Identitäten haben und Gruppenzugehörigkeiten nicht zwangsläufig anhand der Frage definiert werden müssen, ob eine Einwanderungsgeschichte vorliegt oder nicht (vgl. Rath 1997).

Problematisch, speziell am Begriff des Multikulturalismus, ist zudem seine symbolische Aufladung. Somit verhindert der Begriff eine sachliche Bestandsaufnahme und konstruktive Kritik integrationspolitischer Maßnahmen, die gerade in diesem Feld, das von populistischen Strömungen mit Vorliebe unter Rückgriff auf einfache politische Lösungsbotschaften besetzt und instrumentalisiert wird, dringend notwendig wären.

Auch die Negativfärbung des Diskurses, in dem der Multikulturalismus immer wieder mit Scheitern gleichsetzt wird und Forderungen dominieren, eine gegenüber Migranten angeblich zu weiche multikulturelle Politik durch verschärfende Maßnahmen zu ersetzen, ist problematisch. Selbst wenn diese Forderungen (noch) nicht in dem Maße umgesetzt worden sind, wie die Beobachter eines ‚assimilative turn‘ beschreiben, darf die Wirkung allein des aufgeheizten Diskurses nicht unterschätzt werden. Dieser prägt in nicht unerheblichem Maße eine Wahrnehmung der Einwandererseite, ‚unerwünscht‘ zu sein, also eine Perzeption, die Integration – unabhängig von der konkreten Gesetzeslage – nicht unbedingt fördert. Ausgrenzungsgefühle müssen gerade bei den Muslimen in den Niederlanden zunehmen, angesichts der prominenten Rolle, die dem dezidiert islamfeind-

lich auftretenden Politiker Geert Wilders in Politik und Medien zugestanden wird. Gerade den schlichten Botschaften von Rechtspopulisten sollte mit differenzierenden Analysen integrationspolitischer Maßnahmen inklusive ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen begegnet werden. Die derzeitige polarisierte Diskussion um den ‚Multikulturalismus‘ in den Niederlanden wird diesem Anspruch nicht immer gerecht.

LITERATUR

- Blok, Stef: Bruggen Bouwen. Eindrapport van de Tijdelijke Parlementaire Onderzoekerscommissie Integratiebeleid, Den Haag, 2004.
- Böcker, Anita/Groenendijk, Kees: Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande. Tolerant, liberal und offen? In: Friso Wielenga/Ilona Taut (Hg.): Länderbericht Niederlande. Bonn, 2004, S. 303-361.
- Böcker, Anita/Thränhardt, Dietrich: Paradoxen en paniekaanvallen. Een vergelijking tussen Duitsland en Nederland, in: *Migrantenstudies* 26/02, Themanummer "Over de grens. Integratie(beleid) in Duitsland en Nederland vergeleken", 2010, S. 80-100.
- Brubaker, Rogers: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, 1992.
- Brubaker, Rogers: The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and its Sequels in France, Germany, and the United States, in: Christian Joppke/Ewa Morawska (Hg.): *Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States*, Houndmills/Basingstoke, 2003, S. 39-58.
- Castles, Stephen/Miller, Mark: *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World*, London, 1993.
- Council of the European Union (2004): *Immigrant Integration Policy in the European Union*. Brussels, 19 November, 14615/04 (Presse 321), 1993.
- Duyvené de Wit, Thom/Koopmans, Ruud: The Integration of Ethnic Minorities into Political Culture: The Netherlands, Germany and Great Britain Compared, in: *Acta Politica* 40, 2005, S. 50-73.
- Duyvendak, Jan Willem/Scholten, Peter: Questioning the Dutch multicultural model of immigrant integration, in: *Migrations Société*, special issue on 'Beyond models of integration: France, the Netherlands and the

- Crisis of National Models', edited by C. Bertossi/J.W. Duyvendak, 2010a.
- Duyvendak, Jan Willem/Scholten, Peter: The Invention of the Dutch Multicultural Model and its Effects on Integration Discourses in the Netherlands, in: Perspectives on Europe, Autumn 2010 40:2, 2010b, S. 39-45.
- Entzinger, Han: The Rise and Fall of Multiculturalism: The Case of the Netherlands, in: Christian Joppke & Ewa Morawska (Hg.): Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation States. Hampshire, 2003.
- Elsevier.nl (2012): Senaat verwerpt verbod onverdoofde rituele slacht. <http://www.elsevier.nl/web/Nieuws/Politiek/341784/Senaat-verwerpt-verbod-onverdoofde-rituele-slacht.htm?rss=true> (31.08.2012).
- Joppke, Christian: Multiculturalisme in een liberale samenleving: Zijn de twee verzoenbaar? In: Etnische Perspectieven 16 (3), 2006, S. 242-266.
- Joppke, Christian: Beyond national models: Civic integration policies for immigrants in Western Europe, in: West European Politics, 30:1, 2007, p.1-22.
- Keman, Hans: Die Politik der Mitte in den Niederlanden: Konsens und Kooperation ohne Politikproduktion, in: Ralf Kleinfeld/W. Luthardt (Hg.): Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme. Marburg, 1993, S. 144-159.
- Kleinfeld, Ralf: Verbände, Konkordanzdemokratie und Versäulung. In: W. Reutter/P. Rütters (Hg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa. Opladen, 2001, S. 287-312.
- Koopmans, Ruud: Good Intentions Sometimes Make Bad Policy. A Comparison of Dutch and German Integration Policies, in: Friedrich Ebert Stiftung: Migration, Multiculturalism, and Civil Society, 2007, S. 163-168.
- Koopmans Ruud (2008): Nederland is nog volop multicultureel (volledige tekst), <http://www.nrc.nl/opinie/article2066117.ece/> Nederland_is_nog_volop_multicultureel_volledige_tekst (19.09.2011).
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul/Giugni M./Passy, F.: Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe, Minneapolis; London, 2005.

- Koopmans, Ruud/Michalowski, Ines/Waibel, Stine: Integrationspolitik bleibt national. Bürgerrechte für Zuwanderer: Europas Staaten nähern sich kaum an, in: WZB Mitteilungen Nr. 126, Dezember 2009, S. 6-9.
- Kortmann, Matthias: Migrantenselbstorganisationen in der Integrationspolitik. Einwandererverbände als Interessenvertreter in Deutschland und den Niederlanden, Münster, 2011.
- Lucassen, Leo/Lucassen, Jan (2011): *Winnaars en Verliezers. Een nuchtere balans van vijfhonderd jaar immigratie*, Amsterdam, 2011.
- NZZ online (2011a): Die Niederländer verbieten das Schächten, in: NZZ online, 28.06.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/niederland_verbot_parlament_schaechten_muslime_jude_1.11091671.html (25.10.2011).
- NZZ online (2011b): Burka-Verbot in den Niederlanden, in: NZZ online, 16.09.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/niederlande_burka-verbot_1.12527325.html (25.10.2011).
- Michalowski, Ines/Koopmans, Ruud/Waibel, Stine: What About National Models of Citizenship? In: *Perspectives on Europe*, Autumn 2010 40:2, S. 35-38.
- Musch, Elisabeth: *Integration durch Konsultation? Konsensbildung in der Integrations- und Migrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden*, Münster, 2011.
- Penninx, Rinus, 2005: After the Fortuyn and van Gogh Murders: Is the Dutch Integration Model in Disarray? Lecture in the International Seminar for Experts "Integrating Migrants in Europe – Comparing the Different National Approaches", organised by the Cicero Foundation in the series Great Debates, Paris, 9 – 10 June 2005, http://www.cicero.foundation.org/pdf/lecture_penninx.pdf (12.09.2011).
- Perger, Werner A. (2008): Hetzer oder Freiheitskämpfer? In: ZEIT Online, 28.03.2008, <http://www.zeit.de/online/2008/14/wilmers-fitna-kommentar> (25.10.2011).
- Prins, Baukje: Het lef om taboes te doorbreken. Nieuw realisme in het Nederlandse discours over multiculturalisme, *Migrantenstudies* 18 (4), 2002, S. 241-254.
- Rath, Jan (1991): *Minorisering: de sociale constructie van 'etnische mindereheden'*, Amsterdam, 1991.

- Rath, Jan: Das strenge Gesicht von Frau Antje. Die andere Seite des niederländischen Modells für die Integration von ethnischen Minderheiten, *Neue Praxis*, 26 (6), 1997, S. 479-494.
- Scheffer, Paul: Het multiculturele drama, in: *NRC Handelsblad*, 29.01.2000.
- Sniderman, Paul/Hagendoorn, Louk: *When Ways of Life Collide: Multiculturalism and its Discontents in the Netherlands*, Princeton, 2007.
- Vink, Maarten P.: „Dutch Multiculturalism“ beyond the Pillarisation Myth, in: *Political Studies Review* 5, 2007, S. 337-350.
- Vogel, Dita, (2003): Die Niederlande als Einwanderungsland. Rahmenbedingungen, aktuelle Politik und Stand der Integration von Allochthonen, in: Dita Vogel (Hg.): *Einwanderungsland Niederlande – Politik und Kultur*, Frankfurt am Main./London, 2003, S. 23-58.
- Volkskrant.nl (2012): Kabinet gaat gewoon door met voorstel boerka-verbod.
<http://www.volkskrant.nl/vk/nl/2824/Politiek/article/detail/3259429/2012/05/22/Kabinet-gaat-gewoon-door-met-voorstel-boerka-verbod.dhtml>
(31.08.2012).
- Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid: *Etnische Minderheden*. Den Haag, 1979.
- Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid: *Allochtonenbeleid*. Den Haag, 1989.